

Wochenblatt

für

Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Amtsblatt

der Königlichen Gerichtsbehörden und der städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück.

No. 16.

Sonnabend, den 24. Februar

1866.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Preis vierteljährlich 10 Mar. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. — Inserate welche die gespaltene Corpus-Zeile, oder deren Raum, mit 1 Neugroschen berechnet werden, sind in Pulsnitz spätestens bis Montag und Donnerstags Abends 8 Uhr einzusenden. — Expeditionen sind: In Pulsnitz beim Herausgeber, in Königsbrück bei Herrn Kaufmann Andreas Grahl.

Politische Uebersicht.

Preußen. — Man findet es hier in diplomatischen Kreisen etwas auffallend, daß der Tuilerienhof erst jetzt sich herbeigelassen hat, das dem kaiserlichen Prinzen von Wien aus überhandte Weihnachtsgeschenk in Gestalt eines hohen — aber nicht höchsten — Ordens durch nachträgliche Uebersendung des Großordens der Ehrenlegion zu erwiedern. Ueberhaupt glaubt man nicht an eine Parteinahme Frankreichs für Oesterreichs. — Graf v. d. Goltz, der preussische Botschafter in Paris, der nach Berlin berufen ist, soll, wie verlautet, über die Stimmung in den Tuilerien in Betreff Preußens Auskunft geben. Pariser Correspondenzen melden sogar, Graf v. d. Goltz habe Aussicht, in's Ministerium zu treten. — Am Morgen des 19. Februar hatte der Ministerpräsident, im Namen des Staatsministeriums, ein Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses gerichtet, worin er erklärte, daß das Haus nicht berechtigt sei, einen von Sr. Majestät dem Könige geschlossenen Staatsvertrag für ungültig zu erklären, noch richterliche Urtheilssprüche anzusechten, noch den Beamten der Exekutivgewalt Vorschriften zu ertheilen. Das Haus habe durch seine Beschlüsse über Lauenburg, die Obertribunals-Entscheidung und das Kölner Abgeordnetenfest verfassungswidrig gehandelt und rechtswidrig gefaßte Beschlüsse nehme das Ministerium vom Präsidenten nicht an, beehre sich also, dieselben dem Präsidenten zurückzusenden. — Aus österreichischer Quelle geht die Nachricht ein, daß Erzherzog Franz II. von Neapel den schwarzen Adlerorden auf die Nachricht, daß er auch dem König von Italien verliehen sei, zurückgeschickt habe. — Oesterreich. — Die Nachricht von einer Nachgiebigkeit der österreichischen Regierung war verfrüht. Oesterreich erklärt wie bei seinem Rücktritt vom Londoner Vertrage so auch jetzt noch den Erbprinzen von Augustenburg für den bestberechtigten Prätendenten. — Gewiegte Diplomaten des kaiserlichen Cabinets sind der Ansicht, daß das gegenwärtige Regierungssystem in Preußen eine so allgemeine und unüberwindliche Antipathie in den Herzogthümern, im übrigen Deutschland und in Preußen selbst hervorrufen werde, daß Oesterreich nur eine Politik der Zögerung einzuschlagen brauche, um Preußens Absichten gänzlich lahm zu legen. — Es erregt hier Aufsehen,

daß sowohl der russische wie der preussische Gesandte von Paris an ihre resp. Höfe berufen werden. — Der Entwurf der Adress-Commission des ungarischen Oberhauses liegt vor. Derselbe hält sich eng an die Thronrede und äußert sich mit warmer Anerkennung für die Erhaltung des Bestandes der Monarchie und die Nothwendigkeit desselben; die Aufrechterhaltung und Kräftigung der Großmachtstellung, die Nothwendigkeit constitutioneller Regelung und Entwicklung in den übrigen Ländern wird nachdrücklich betont. Die Adresse spricht alsdann warmen Dank aus für die formelle Anerkennung der Gesetze von 1848, sowie die Zuversicht, daß die practische Anwendung derselben nicht dauernd von der principiellen Anerkennung zu scheiden sein werde. Der Entwurf schließt mit dem Wunsche nach einer verantwortlichen, nicht collegialen Regierung und nach der Wiederherstellung der neu zu regelnden Municipien; bei den neuen Gesetzes-Verfügungen sei billige Rücksicht auf alle Klassen und Nationalitäten nothwendig. — Schleswig-Holstein. — 19 Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft haben eine Adresse an den König von Preußen abgeschickt, worin sie sich für einen Anschluß der Herzogthümer an Preußen aussprechen. Der preussische „Staatsanzeiger“ hat die Adresse veröffentlicht. — Baiern. — Der Director der Kreisregierung von Oberfranken, Herr v. Vogel, ist zum Staatsminister des Innern ernannt worden. — Frankreich. — Man schreibt hier der Reise des Grafen v. d. Goltz eine große Bedeutung zu und meint, daß es diesmal dem Grafen Bismarck Ernst ist, die Herzogthümer-Angelegenheit definitiv zu erledigen. Die preussische Regierung, meint man, werde sich eher den Wechselfällen eines Krieges aussetzen, als noch einmal ein Gasteiner Provisorium zu ihrem eignen Nachtheil herstellen. Oesterreich hinwiederum werde in jedem Falle den Ausgleich mit Ungarn zu bewerkstelligen suchen und werde im Nothfall Napoleon III. veranlassen, die Elbherzogthümerfrage vor einen europäischen Congreß zu ziehen, als das einzige Mittel, Deutschland vor einem Bürgerkrieg von unabsehbaren Dimensionen zu bewahren. — Die Politik Louis Napoleons geht für den Augenblick dahin, sich in den deutschen Angelegenheiten neutral zu verhalten, d. h. jeder der beiden deutschen Großmächte das nämliche freundliche Gesichts zu machen, die nämlichen wohlwollenden Versicherungen für